

Schulen im schwierigen Corona-Modus

Umfrage zum Krisenmanagement

Schulen und Betreuungseinrichtungen gehören zu den Bereichen, die durch die Corona-Krise besonders betroffen waren und über Monate keinen Regelbetrieb anbieten konnten. Seit dem Ende der Sommerferien gibt es wieder unter Auflagen Präsenzunterricht und einen breiten Konsens, dass eine neuerliche flächendeckende Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen unbedingt vermieden werden sollte.

In der ersten Welle des Baden-Württemberg-Monitors der baden-württembergischen Zeitungsverlage wird Bilanz gezogen, wie die Bürger in Baden-Württemberg das Krisenmanagement an den Schulen, die Hygienekonzepte, die digitale Ausstattung und die Erfahrungen mit Home-Schooling bewerten. Die Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach stützt sich auf 1000 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahre.

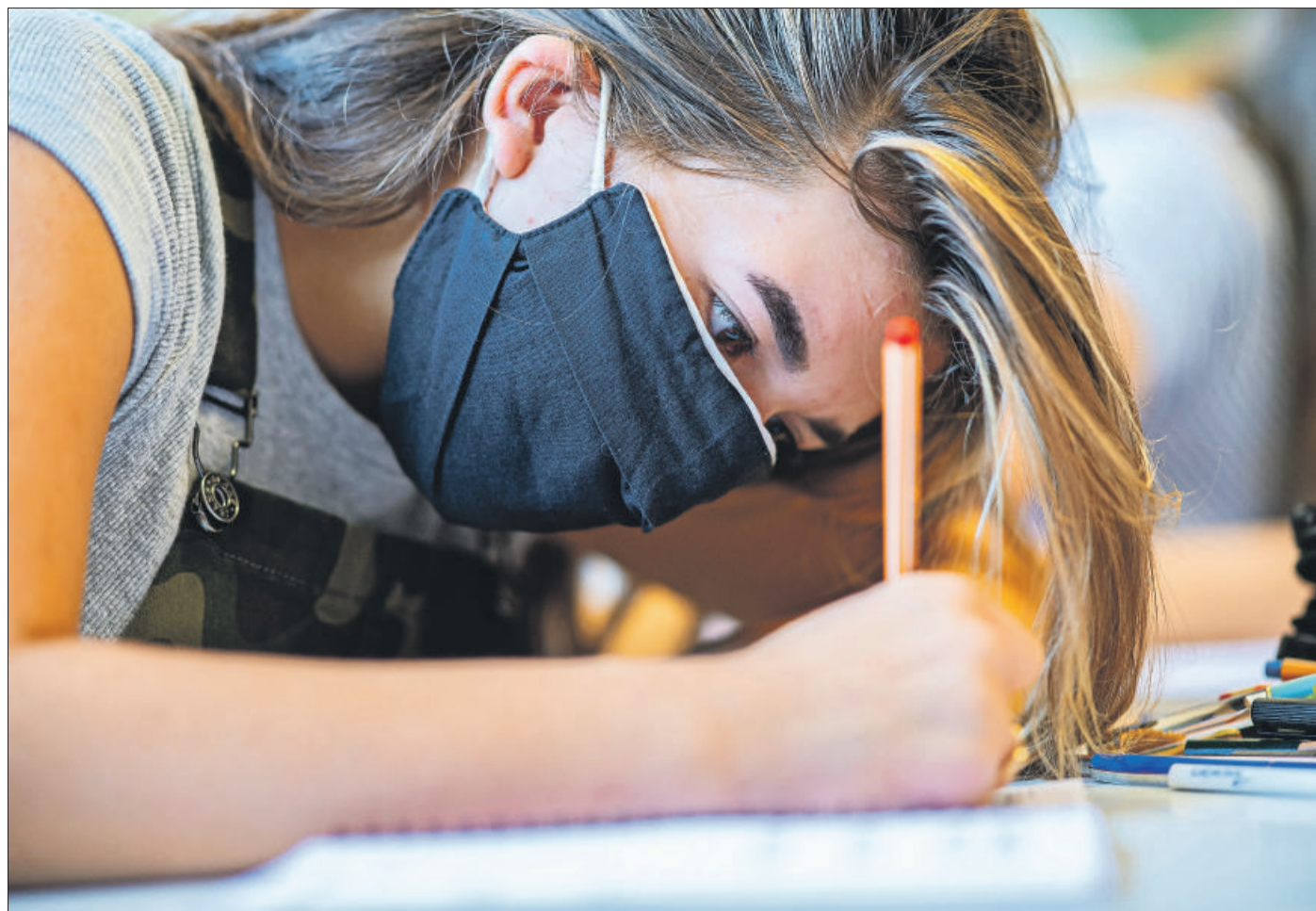
Die Pandemie ist für die Bürger nach wie vor allgegenwärtig und viele fühlen sich per-

sonlich sehr besorgt sind, beträgt dieser Anteil in der 60-jährigen und älteren Bevölkerung 38 Prozent.

Die Krise hat auch den Blick auf Politik und insbesondere Regierungshandeln verändert. Vor Beginn der Pandemie überwog Kritik bei Weitem. Seit März findet der Kurs der Bundesregierung konstant eine Zustimmung, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Konstanz völlig ungewöhnlich ist. Der Anteil, der der Bundesregierung gute oder sehr gute Arbeit attestiert, lag seit März immer nahe oder sogar über 70 Prozent.

Zustimmung für Landesregierung

Auch das Krisenmanagement der Landesregierung wird weit überwiegend positiv bewertet, wenn auch nicht in dem Maße, wie der Kurs der Bundesregierung. 60 Prozent der Bürger attestieren der Landesregierung ein gutes oder sogar sehr gutes Krisenmanagement, während sich 34 Prozent kritisch äußern. Allerdings ist



Nach den Herbstferien soll der Unterricht unter Corona-Bedingungen weitergehen.

Foto: Kirchner/dpa

Mehrheit Anlass zur Kritik sieht.

Dies prägt auch das Urteil über die Kultusministerin. Allerdings ist Susanne Eisenmann noch einem Drittel der Bevölkerung in Baden-Württemberg unbekannt und weitere 28 Prozent trauen sich kein Urteil zu. Unter denjenigen, die sich bisher ein Urteil gebildet haben, überwiegen jedoch klar negative Bewertungen. Das gilt auch für Eltern mit Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen, von denen 14 Prozent von Susanne Eisenmann eine gute Meinung haben, während 39 Prozent zurzeit ein kritisches Urteil fällen.

Die Kritik von Bevölkerung und Eltern entzündet sich vor allem an der unzureichenden personellen Ausstattung der Schulen, die sich in den letzten Monaten noch einmal erheblich verschärft hat. Knapp die Hälfte der Eltern zieht die Bilanz, dass nach wie vor viele Unterrichtsstunden ausfallen; 45 Prozent haben den Eindruck, dass sich der Lehrermangel an den Schulen gravierend verschärft hat. Ein Drittel der Eltern macht auch die Erfahrung, dass sich viele Lehrer aus Sorge vor Gesundheitsrisiken vom Unterricht haben befreien lassen.

Lehrermangel ein Kritikpunkt

Der Lehrermangel beunruhigt Bevölkerung und insbesondere Eltern weitaus mehr als unzureichende Hygienekonzepte. 29 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass viele Schulen kein überzeugendes Hygienekonzept haben. Dass die meisten Schulen gut mit der Situation zurecht kommen, glauben nur 20 Prozent der Bevölkerung, auch nur 22 Prozent der Eltern.

Die Konzepte für den Schutz von Schülern und Lehrern unterscheiden sich an den verschiedenen Schulen teilweise beträchtlich. Dies schlägt sich auch in dem Urteil der Eltern von Schulkindern nieder, von denen knapp die Hälfte die Bilanz zieht, dass die Schule, die ihre Kinder besuchen, ausreichend Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hat, während 39 Prozent die Schutzmaßnahmen an der Schule ihres Kindes für unzureichend halten. Väter sind hier kritischer als Mütter.

Was die Mehrheit der Eltern, die Kinder in Schulen oder Betreuungseinrichtungen haben, zurzeit außerordentlich beunruhigt, ist die Frage der Verläss-

lichkeit von Schulen und Betreuungseinrichtungen. Zwei Drittel der Eltern machen sich große oder sogar sehr große Sorgen, dass ihre Kinder wegen der Pandemie kurzfristig nicht mehr zur Schule oder in die Betreuungseinrichtung gehen könnten. Nur elf Prozent der Eltern sind hier völlig unbesorgt. Gleichzeitig ist der überwältigenden Mehrheit der Eltern wie auch der gesamten Bevölkerung in Baden-Württemberg

der Bevölkerung, die diesem Ziel nur wenig Bedeutung beimessen, ist verschwindend gering.

Die Phase, in der die Schulen geschlossen waren, hat vielen Eltern noch einmal die Bedeutung eines funktionierenden Regelbetriebs vor Augen geführt. Die Erfahrungen mit Home-Schooling werden sehr gemischt bewertet. 42 Prozent der Eltern ziehen zwar die Bilanz, dass der Unterricht zuhause bei ihnen im Großen und Ganzen gut funktioniert hat, 44 Prozent sind mit dieser Situation jedoch nicht gut zurecht gekommen. Die Unterstützung durch die Lehrer bewerten nur 26 Prozent der Eltern insgesamt als ausreichend, 29 Prozent als unzureichend; 39 Prozent haben hier sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht, abhängig von der Schule und insbesondere auch dem jeweiligen Lehrer.

Die digitale Ausstattung der Familien war dabei in der Regel nicht das Problem. 69 Prozent der Eltern ziehen die Bilanz, dass die eigene digitale Ausstattung für den Unterricht zuhause durchaus ausreichend war, bei 24 Prozent war dies nicht der Fall. Hier werden zwar Defizite deutlich, die jedoch wesentlich geringer sind als die Defizite an den Schulen. Die Schulen der eigenen Kinder bewerten nur 30 Prozent der Eltern als gut ausgestattet, während 58 Prozent hier Defizite sehen: 37 Prozent bewerten die digitale Ausstattung der Schule der eigenen Kinder als eher schlecht, 21 Prozent sogar

als sehr schlecht. Weitere neun Prozent der Eltern machen hier je nach Schule ganz unterschiedliche Erfahrungen.

Der oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona scheint die Schulen bisher nur begrenzt erreicht zu haben. Zwei Drittel der Eltern haben jedenfalls den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen mit Computern und anderen digitalen Medien in den letzten Monaten nicht verbessert hat.

Untersuchung deckt Handlungsbedarf auf

Die Corona-Krise und ihre Folgen hat den Eltern auch bewusst gemacht, dass Lehrer im Allgemeinen für den digitalen Unterricht nicht ausreichend ausgebildet und geschult sind. Lediglich zehn Prozent der Bevölkerung halten die Ausbildung der Lehrer hier für ausreichend, von den Eltern 18 Prozent. 68 Prozent der Eltern bezweifeln dezidiert, dass Lehrer für den digitalen Unterricht ausreichend ausgebildet und geschult sind.

Fazit: Die Allensbach-Untersuchung offenbart einen enormen Handlungsbedarf an den Schulen in Baden-Württemberg – in Bezug auf die digitale Ausstattung und Schulung, aber auch in Bezug auf die ausreichende personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Beides sind letztlich die Grundvoraussetzung für einen dauerhaften qualifizierten Unterricht.

DIE SITUATION AN DEN SCHULEN

Frage: „Die Schulen stehen wegen der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen. Soweit Sie das sagen können: Wie bewerten Sie die Situation an den Schulen seit Ausbruch der Corona-Krise? Was würden Sie sagen, trifft auf die Situation an den Schulen in Baden-Württemberg zu?“

	Bevölkerung insgesamt	Eltern
Es fallen nach wie vor viele Unterrichtsstunden aus	47 %	48 %
Der Lehrermangel an den Schulen hat sich gravierend verschärft	41 %	45 %
Viele Schulen haben kein überzeugendes Hygienekonzept	29 %	30 %
Viele Lehrer haben sich aus Sorge vor Gesundheitsrisiken vom Unterricht befreien lassen	28 %	34 %
Die meisten Schulen kommen gut mit der Situation klar	20 %	22 %
Die Maskenpflicht an den Schulen wird eingehalten und ausreichend kontrolliert	18 %	25 %

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161/Infografik: jv

sönlich gefährdet. 32 Prozent der Bevölkerung sind sehr besorgt, dass sie sich persönlich infizieren könnten. Weitere 40 Prozent machen sich begrenzt Sorgen, nur knapp jeder Vierte kaum oder gar keine Sorgen. Überdurchschnittlich besorgt sind die 60-Jährigen und Älteren; allerdings halten sich die Unterschiede in Grenzen: Während in der Bevölkerung insgesamt 32 Prozent persön-

lich die Bevölkerung nicht auf jedem Politikfeld mit dem Krisenmanagement der Landesregierung derart zufrieden. So wird gerade die Schulpolitik des Landes in der Corona-Krise wesentlich kritischer gesehen als das generelle Krisenmanagement der Landesregierung. Nur 34 Prozent attestieren der Schulpolitik in der Corona-Krise eine gute oder sehr gute Arbeit, während die

Zum Thema: BaWüCheck

Landesregierung im Fokus

Baden-Baden (red) – Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg, darunter das Badische Tagblatt, in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWüCheck, genauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitun-

gen mehr als 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Online-Portalen der Tageszeitungen.



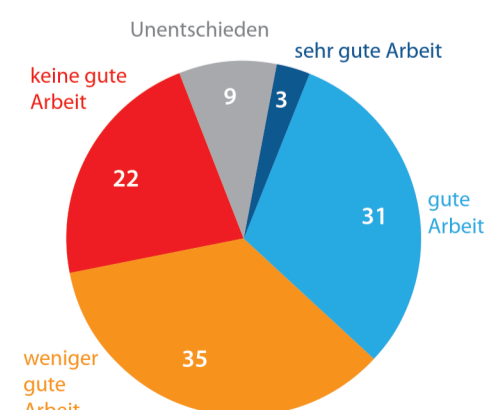
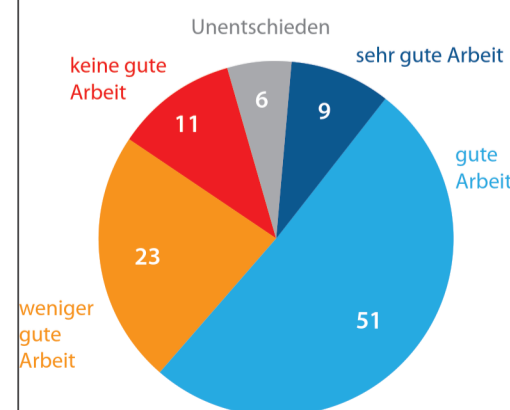
eine verlässliche Betreuung von Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen außerordentlich wichtig: 58 Prozent der Eltern ist es sehr wichtig, dass auch in Krisenzeiten ein verlässlicher Schulunterricht sowie eine verlässliche Betreuung von Kindern gewährleistet ist, weiteren 34 Prozent ist dieses Anliegen wichtig. Der Anteil der Eltern wie

KRISENMANAGEMENT DER LANDESREGIERUNG

Frage: „Wie bewerten Sie die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise?“

Frage: „Und wie bewerten Sie speziell die Schulpolitik des Landes in der Corona-Krise?“

Die Landesregierung leistet hier -



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161/Infografik: jv